

Qualität im Keller

In Schleswig-Holstein eskaliert der Schulstreik. Lübecker Schüler besetzten ihr Gymnasium, um die Umwandlung in eine Gesamtschule zu verhindern.

So abgebugelt wie am vergangenen Mittwoch im Lübecker Trave-Gymnasium wurde Wolfgang Baasch, 41, selten. Der SPD-Landtagsabgeordnete kam kaum zu Wort, als er den streikenden Schülern seinen Standpunkt erläutern wollte. „Vielen Dank“, beschied Schülersprecherin Jessica Groß, 18, kurz und knapp, „Ihre Position ist uns detailliert bekannt, da müssen wir nicht mehr drüber reden.“

Geändert hätte der Baasch-Auftritt sowieso nichts: Bereits eine Woche zuvor hatte die Lübecker Bürgerschaft mit den Stimmen der rot-grünen Mehrheit beschlossen, daß aus dem Schulzentrum im Stadtteil Kücknitz, in dem eine Realschule und ein Gymnasium ihr Domizil haben, eine Gesamtschule werden soll.

Noch am selben Abend beschloß die Schülervvertretung des Trave-Gymnasiums zu streiken. Am vergangenen Montag wurde das Schulzentrum besetzt, einen Tag später solidarisierten sich die Realschüler und streikten mit. Bis zum Freitag stand die Lehranstalt rund um die Uhr unter dem Kommando der Schüler.

Der Lübecker Schulkampf ist ein neuer Höhepunkt in der Auseinandersetzung um die von den Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein favorisierte Gesamtschule. Schüler und Lehrer der Lübecker Lehranstalt fürchten um das Bildungsniveau. „Die Qualität würde doch sofort in den Keller gehen, wenn das losgeht“, klagt eine Schülerin aus dem 13. Jahrgang. Direktor Arno Reimann, 49 („Ich bin überzeugter Gymnasiallehrer“), macht aus „einer gewissen Sympathie“ für den zivilen Ungehorsam seiner Zöglinge keinen Hehl.

Widerstand von Lehrern, Eltern und Schülern gegen neue Gesamtschulen, laut SPD-Parteiprogramm die „zukunftsweisende Schulform“, gibt es immer wieder, seit schleswig-holsteinische Sozialdemokraten die „flächendeckende“ Gründung von Gesamtschulen zum bildungspolitischen Schwerpunkt erkoren haben.

Doch die SPD hält an ihrem Konzept eisern fest, obwohl auch Wissenschaftler dieser Schulform gravierende Mängel bescheinigen.

Seit 1991 untersucht das Berliner Max-Planck-Institut für Bildungsforschung die Bildungs- und Sozialentwicklung von Ju-

gendlichen in Berlin und Nordrhein-Westfalen. Die Experten stellten fest, daß am Ende der zehnten Jahrgangsstufe Haupt- und Gesamtschüler in den Fächern Mathematik und Englisch einen „identischen Wissensstand“ erreicht hätten. Realschüler seien gegenüber den Gesamtschülern jedoch zwei, Gymnasiasten sogar mehr als zwei Schuljahre weiter.

Ähnliches gilt für die soziale Entwicklung. Dabei setzt die SPD gerade wegen der Einübung in Sozialverhalten auf die integrative und ganzheitliche Pädagogik an den Gesamtschulen. Unterschiede zwischen Haupt- und Gesamtschülern seien indes nicht feststellbar, so die Berliner Wissenschaftler, wohl aber zwischen Realschülern und Gymnasiasten einerseits und Gesamtschülern andererseits.

len ausgestattet – Lehrer, die an den anderen weiterführenden, chronisch unterversorgten Schulen im Lande dringend benötigt würden.

Den Gesamtschulen sei es zudem nicht gelungen, Schüler aller Leistungsstärken, also mit Empfehlungen für Hauptschule, Realschule und Gymnasium, in etwa gleichem Umfang aufzunehmen. In die Gesamtschule Norderstedt, nördlich von Hamburg, sei beispielsweise im Schuljahr 1997/98 neben 55 Schülern mit einer Hauptschul- und 31 mit einer Realschulempfehlung nur ein einziger mit Gymnasialempfehlung eingerückt.

Der Rechnungshof fordert das Bildungsministerium dringlich auf, „die bisherige inhaltliche Ausrichtung der integrierten Gesamtschulen zu überdenken“.



Bestreikte Schule in Lübeck: „Da müssen wir nicht mehr drüber reden“

„Dieses Muster wiederholt sich auch bei Analysen für andere Merkmale wie negative Einstellung zu Gastarbeitern oder Intoleranz gegenüber Asylbewerbern“, schreiben die Forscher. „Das Konzept der Gesamtschule“, sagt Max-Planck-Mitarbeiter Olaf Köller, „läuft nicht so, wie die Erfinder das gewünscht haben.“

In seinen „Bemerkungen 1998“ kommt auch der Landesrechnungshof Schleswig-Holstein zu einem vernichtenden Urteil, wenn auch aus anderer Perspektive.

Der „personelle Mehraufwand“ der Gesamtschulen gegenüber den anderen Schulen, beklagen die Revisoren, belaufe sich auf rund 18 Millionen Mark. Während zwischen 1993 und 1998 an den Realschulen knapp 300 und an den Gymnasien rund 450 Stellen abgebaut worden seien, habe die Landesregierung die inzwischen 22 Gesamtschulen mit mehr als 1100 neuen Stel-

Selbst SPD-Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave, 52, gerade etwas über hundert Tage im Amt, sieht inzwischen Handlungsbedarf. Sie will, aufgestört durch den Lübecker Streik, das gesamte Schulkonzept überprüfen lassen. Nach über zehn Jahren sei es Zeit, „Bilanz zu ziehen“, denn die Entwicklung der Gesamtschulen im Lande verlaufe „sehr unterschiedlich“.

Von der flächendeckenden Versorgung, die ihre Partei stets fordert, hat sich die Ministerin bereits verabschiedet. Sie räumt ein: „Das klappt nicht.“

Wie es in Lübeck weitergeht, muß Erdsiek-Rave in den nächsten vier Wochen entscheiden. Die Kücknitzer Schüler demonstrierten nach Beendigung des Streiks am vergangenen Freitag Leistungswillen. Sie wollen den Stoff der verlorenen Unterrichtswoche durch einen intensiven „Schulmarathon“ wieder aufnehmen.

FLORIAN GLESS